

rundschau

Unerwartete Ferienfreude

wurde den 80 Familien zuteil, die dieser Tage in Bern, aus Tausenden von Anmeldungen heraus, durch das Los als glückliche Gewinner der von der Schweizer Reisekasse alljährlich zur Verfügung gestellten Arrangements für Gratisferien bezeichnet worden sind. Besonderer Jubel wird in derjenigen Innerschweizer Familie geherrscht haben, die elf minderjährige Kinder zählt und deren Angehörige, wie alle andern begünstigten Familien auch, aus finanziellen Gründen bisher noch nie gemeinsame Ferien erleben durften. Den Gewinnern winkt nun in diesem Sommer ein 14-tägiger Aufenthalt in einem Ferienhäuschen oder in einer Ferienwohnung. Sie erhalten darüber hinaus das Familienbillett sowie ein Taschengeld zur Verfügung gestellt. 220 solcher Gratisferienarrangements sind bereits in einem früheren Zeitpunkt in Zusammenarbeit mit denjenigen Reisemarkenabgabestellen, die sich zur Hälfte an den Kosten beteiligen, vergeben worden. Gleichzeitig wurden ebenfalls unter notarieller Aufsicht die 100 Familien oder Ehepaare ausgelost, die aus finanziellen Gründen noch nie Ferien in einem Hotel verbringen durften. Sie erhalten zum halben Preis ein zehntägiges Arrangement für einen Aufenthalt in einem Schweizer Hotel.

(rkp.)

Was leisten die Berliner Wohnungsbaugenossenschaften?

Im Jahre 1958 erstellten die Mitglieder des Verbandes Berliner Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften e. V. 9493 Wohnungen, und am Jahresende befanden sich 9087 Wohnungen im Bau. Außerdem betreuten sie den Bau von 1952 Wohnungen, und am Jahresende standen 1770 Betreuungswohnungen im Bau. Wenn man die Küchen als Räume mitzählt, so enthalten von den neu erstellten Wohnungen 15,2 Prozent zwei Räume, 34,9 Prozent drei Räume und 34,4 Prozent vier Räume.

Eine Wohnfläche von 30 bis 40 m² haben 10,8 Prozent, von 40 bis 50 m² 9,1 Prozent, von 50 bis 65 m² 41,9 Prozent und über 65 m² 27,1 Prozent der neu erstellten Wohnungen.

Von den im Jahre 1958 fertiggestellten Wohnungen haben 56 Prozent Ofenheizung.

Interessant ist folgende Feststellung: «Wenn wir in den Vorjahren festgestellt haben, daß jedenfalls unter den Berliner Verhältnissen der Anteil der Eigentumsmaßnahmen nicht erheblich gesteigert werden könnte, so hat diese Auffassung inzwischen durch die Bundesstatistik eine Bestätigung gefunden. Insoweit

brauchen wir also die Ergebnisse nicht weiter zu kommentieren. Doch scheint die Tatsache erwähnenswert, daß die in Ein- und Zweifamilienhäusern gelegenen und die zur Vergabe in Wohnungseigentum bestimmten Wohnungen 1958 zwar insgesamt fast genau in der Anzahl des Vorjahres anfielen, daß aber ihr mengenmäßiges Verhältnis zueinander eine Verschiebung zu Lasten der herkömmlichen Wohnform des Ein- und Zweifamilienhauses aufweist. Das mag darauf hindeuten, daß im Wohnungseigentum noch Möglichkeiten liegen, die es zu nutzen gilt; doch sind die Zahlen zu klein, um weitgehende Schlüsse zu ermöglichen.»

Von den 490 Eigentümerwohnungen liegen 369 in Ein- und Zweifamilienhäusern, und 121 gehen in Stockwerkeigentum über.

(Aus dem Bericht für das Geschäftsjahr 1958)

In Deutschland wünscht nur jeder fünfte ein Eigenheim

Nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes Deutschlands wollen von den 2,05 Millionen Haushalten und Haushaltsteilen mit Wohnungsbedarf 1,47 Millionen als Hauptmieter einer Mietwohnung, 0,53 Millionen als Eigentümer einer Wohnung oder eines Gebäudes und 0,05 Millionen als Untermieter oder in einem Altersheim leben. Damit konzentrieren sich rund 72 Prozent der aktuellen Wohnungsnachfrage auf die Mietwohnung. Wenn man auch jene Haushalte berücksichtigt, die bisher keinerlei Schritte zur Realisierung ihrer Wohnungswünsche unternommen haben, so sind es sogar fast 80 Prozent der potentiellen und aktiven Nachfrage, die auf eine Mietwohnung zielen.

(Nach «Neue Heimat»)

In Frankreich will man die Wohnungsnot mit Investierungstrusts bekämpfen

Die französische Regierung hat ein Projekt zur Reform der Baufinanzierung aufgestellt. Zwischen den beiden Extremen, den HLM (wohlfeile Sozialwohnungen), deren Mietzinse künstlich niedrig gehalten werden, und dem Stockwerkeigentum, das in der Zeit der Inflation zu stark spekulativen Geschäften Anlaß gab und deswegen für den minderbemittelten Durchschnittsfranzosen ein unerschwinglich teures Objekt wurde, will man nunmehr komfortable Wohnungen bauen, deren Mietzinse nicht mehr der bisherigen Sozialgesetzgebung unterliegen.

Zu diesem Zweck werden sogenannte Investierungs-Konventions-Gesellschaften gegründet, an denen sich kapitalkräftige und am Wohnungsbau interessierte Un-

ternehmen wie auch Private beteiligen können. Es handelt sich um Aktiengesellschaften des privaten Rechtes, deren Mindestkapital eine Milliarde Francs betragen muß und die das Neunfache des Aktienkapitals in Form von Schuldverschreibungen aufzunehmen ermächtigt sind. Der Betriebserfolg dieser Gesellschaft wird wie der Börsengewinn auf Aktien und Dividenden keinerlei Steuern unterworfen.

Ferner wird den Gesellschaften eine generelle Rückvergütung von Zinsen für Baudarlehen gewährt. Durch dieses Zinsprämiensystem werden die Darlehen zum Erwerb von Stockwerkeigentum auf 3,75 Prozent und für Anleihen zum Bau von wohlfeilen Eigenheimen auf 2,75 Prozent pro Jahr ermäßigt.

(Nach «Schweizer Baublatt»)

Die Franzosen müssen ihre Häuser streichen!

Das wird jetzt in einer vom Wohnungsbauminister in Paris getroffenen Anordnung verlangt. Damit soll dem Verfall der Häuser entgegengewirkt und auf Modernisierungen hingewirkt werden. Die Anordnungen gehen auf ein Dekret Napoleon III. aus dem Jahre 1852 zurück, wo die Hausbesitzer verpflichtet wurden, «wenigstens alle zehn Jahre die Fassaden reparieren, verputzen oder anstreichen zu lassen». Jetzt soll das allmählich straßen- und gebietsweise nachgeholt werden.

(Aus «Gut wohnen»)

Wohnungsbaugenossenschaften in der Türkei

Gegenwärtig gibt es etwa 578 Wohnungsbaugenossenschaften in der Türkei. Sie wurden durch interessierte Personen oder die Behörden gegründet und verteilen sich auf die Haupt- und Provinzstädte. Durch ihre Vermittlung haben sich Tausende, für die eigener Besitz früher unerreichbar gewesen war, ein Heim erwerben können. Sie bauen nur Kleinwohnungen, die ihren Mitgliedern – die einen bescheidenen Eintrittsbeitrag entrichten und ein oder mehrere Anteile erwerben müssen – am besten dienen. Außerdem muß jedes Mitglied eine Geldsumme hinterlegen, die etwa 20 Prozent der Kosten des Hauses ausmachen. Das, was über die Beiträge der Mitglieder hinaus an Geld für den Bau benötigt wird, beschafft zum größten Teil die Türkische Landesbank – die erste staatliche Kreditinstitution des Landes – und zum geringeren Teil die Sparkasse von Istanbul, die ermächtigt ist, einen Teil ihrer Einlagen für Hypothekendarlehen aufzuwenden.

(«Internationale Genossenschaftliche Rundschau»)